

# Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG | UNABHÄNGIG - SEIT 1802 - ÜBERPATEILICH  
AM WOCHENENDE

Samstag, 25. Januar 2025 Kölner Stadt-Anzeiger

Nr. 21 - SSK - Einzelpreis 2,80 €



## Fünf Jahre Corona

Im Januar 2020 wurde die erste Infektion in Deutschland nachgewiesen - Wie die Pandemie uns verändert hat

Seiten 3, 20, 21, Lokales

Besucher der Deutzer Kirmes im August 2021 mit Schutzmasken

### 75 Jahre Diakonie Michaelshoven

Heute in Ihrer Zeitung!

### NAGELSMANN BLEIBT BIS 2028

DFB verlängert Vertrag mit dem Bundestrainer

Sport Seite 18

## WDR-Chefin: Beitrags-Klage ist richtig

### Die neue Intendantin Katrin Vernau verteidigt Vorgehen der Öffentlich-Rechtlichen

Köln. Die neue WDR-Intendantin Katrin Vernau hat die Verfassungskonflikte der Öffentlich-Rechtlichen in der Debatte über die Höhe des Rundfunkbeitrags verteidigt. „Es ist richtig zu klagen. Es geht nicht anders. Wir halten uns an das Gesetz“, sagte Vernau dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. Jetzt sei die Politik am Zug. „Sie hakt sich nicht an dieses Verfahren und verweigert eine Beitragsanpassung.“

Namlich könne die Politik die Anzahl der Radiosender oder Spartenkanäle begrenzen oder auch reduzieren. „Aber es ist nicht der große Wurf in der Frage, wie man den Beitrag stabil halten kann“, so die Intendantin, die ihr Amt im Januar angetreten hat.

Im Umgang mit populistischen Parteien sei es nicht der richtige Weg, diese zu ignorieren, sagte Vernau. Minder AfD müssten sich der öffentlich-rechtlichen Rundfunk auseinandersetzen. „Sie ist nicht verboten, sie ist Teil des Parteienspektrums (...), und deswegen muss sie zunächst auch so behandelt werden wie andere Parteien.“ Man müsse jedoch einschreiten, wenn der Boden des Grundgesetzes verlassen werde. (anb) Medien Seite 12

## Merz will Asyl-Votum auch mit AfD

### NRW-Ministerpräsident Wüst fordert nach Tat von Aschaffenburg mehr Abschiebungen

VON GLAVER AUSTER, GERHARD VOOGT UND ULRIKKEBAUM

Aschaffenburg/Berlin/Düsseldorf/Köln. Nach der tödlichen Messerattacke von Aschaffenburg will die Union den Bundestag kommende Woche über Vorschläge zur Verschärfung der Migrationspolitik abstimmen lassen - und dabei mögliche Mehrheiten mit der AfD in Kauf nehmen. „Wir werden nächste Woche in den Deutschen Bundestag Anträge einbringen, die ausschließlich unserer Überzeugung entsprechen“, sagte Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU) am Freitag in Berlin. „Und wir werden sie einbringen, unabhängig davon, wer ihnen zustimmt.“

AFD und BSW signalisierten grundsätzliche Zustimmung. FDP-Fraktionschef Christian Dürr sagte dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ (Redaktionsnetzwerk Deutschland): „Wenn die Union eine entschlossene Migrationspolitik im Bundestag vorantreibt, werden wir uns das genau ansehen und unterstützen, wenn es in die richtige Richtung geht.“ Die FDP werde auch eigenen Vorschläge machen. Eine Mehrheit für die Unionsanträge jenseits einer Zustimmung von SPD und Grünen könnte es zusammen mit FDP, AfD und BSW geben - gemeinsam hätten sie 372 Stimmen. Die Mehrheit liegt bei 567.

Grünen-Kandidat Robert Habeck warnte Merz vor jeder Zusammenarbeit mit der AfD. Merz habe immer betont: „Eine Zusammenarbeit unter seiner Führung wird es mit der CDU in Deutschland nicht geben, er könnte sein Schicksal als Parteivorsitzender der CDU an diese Antwort“, sagte Habeck. „Dieses Wort darf nicht gelöscht werden - ich fächte aus, Friedrich Merz steht klar davor, das zu tun.“ Auch innerhalb der CDU liste Merz Vorstöße irritationen aus. In der NRW-Landtagsfraktion etwa gibt man davon aus, dass der Parteichef „zurückrudern“ werde. Seine Haltung könne vom Wähler als „Türöffner“ für eine künftige Zusammenarbeit mit der AfD gedeutet werden. „Das ist keine gute Idee“, hieß es aus der Fraktion.

NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) stellte sich am Freitag hinter die Ankündigung von Merz, nach einem Wahlerfolg der CDU die Grenzen nach Deutschland de facto dichtzumachen. „So, wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben“, sagte Wüst in Düsseldorf. Er forderte verstärkte Rückführungen von Flüchtlingen und machte die Bundesregierung und die anderen europäischen Staaten verantwortlich für bestehende Probleme. Mit Bezug auf diese sagte er, das Dublin-System sei „dysfunktional“.

NRW habe seine Konsequenzen aus dem Terroranschlag von Solingen (drei Tote) gezogen, betonte Wüst. Aber die Bundesregierung komme nicht voran. NRW habe zum Beispiel „den Bund aufgefordert, Charterflüge fliegen zu lassen und Recht umzusetzen“, so Wüst. „Warum reden wir eigentlich heute wieder darüber, dass es nicht gemacht worden ist?“



Ein Meer aus Blumen und Kerzen am Tatort in Aschaffenburg. Foto: dpa

In Aschaffenburg waren ein zweijähriger Junge und ein 41-jähriger Mann getötet und drei Menschen schwer verletzt worden. Verdächtig ist ein 28-jähriger Afghane, der festgenommen wurde. Er war laut Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) ausreisepflichtig. Wie am Freitag bekannt wurde, hätte der Mann eigentlich Ende Dezember 2024 für mehr als einen Monat ins Gefängnis kommen sollen - trat diese Ersatzfreiheitsstrafe aber laut Staatsanwaltschaft Schweinfurt nie an. Grund sei die gesetzliche Regel, dass ein Gericht bei zwei verschiedenen Verteilungen unter bestimmten Bedingungen eine sogenannte Gesamtschuld bilden muss, teile die Staatsanwaltschaft mit. Erst dann sei klar, wie lang der Verurteilte tatsächlich in Haft muss - oder wie viel Geld er zahlen muss. Im Fall des Verdächtigen von Aschaffenburg war der Mann an zwei verschiedenen Gerichten zu Geldstrafen verurteilt worden. Die erste Geldstrafe zahlte er nicht, weshalb er am 23. Dezember 2024 eine Ersatzfreiheitsstrafe von 40 Tagen anhängen sollte - was er aber nicht tat.

Für den Geschäftsführer der Kölner Flüchtlingsrats wären Messerattacken wie jene in Aschaffenburg vermeidbar. Würden die EU-Aufnahmegerichtlinien zur frühzeitigen Identifizierung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten in Erstaufnahmeeinrichtungen umgesetzt, „dann säne das Risiko von Messerattentaten ganz erheblich“, sagte Claus-Ulrich Proß dieser Zeitung. „Tatsache ist aber, dass diese Untersuchungen von den Bundesregierungen seit vielen Jahren nicht durchgeführt werden.“ Die Hürden für Asylsuchende, überhaupt psychisch oder psychotherapeutisch behandelt zu werden, seien „viel zu hoch“. (mit dpa, afp) Thema des Tages Seite 2 » Leitartikel Seite 4 » Politik Seite 5

## Trump begnadigt Abtreibungsgegner

Washington. US-Präsident Donald Trump hat etliche Abtreibungsgegner begnadigt, die wegen damit verbundener Delikte befragt wurden. Er handelte sich um 23 Personen, sagte er im Weißen Haus. „Sie hätten niemals strafrechtlich verfolgt werden dürfen. Es ist mir eine große Ehre, dies zu unterzeichnen.“ Später sagte Trump vor Journalisten, inhaftierte Betroffene würden bald freigelassen werden. US-Medienberichten zufolge handelte es sich unter anderem um mehrere Abtreiber, die 2020 wegen der Blockade einer Abtreibungsklinik in der Hauptstadt bei Wahlkreisverurteilung worden waren. (jpo)

## Kölner Schull- und Veedelszöch sind gerettet

### Kosten für Sicherheit hatten Großveranstaltung gefährdet - Viele Spenden eingegangen

VON ANNIKA MÜLLER

Köln. Die Zukunft der in Finanznöte geratenen Schull- und Veedelszöch in Köln ist vorerst gesichert. Nach Angaben von Bernhard Conin, Vorsitzender der Freunde und Förderer des Kölnischen Brauchtums, ist durch eine Vielzahl an Spenden, etwa von Privatpersonen und Karnevalsgesellschaften, genug Geld für die Durchführung des Zugs im kommenden Jahr gesammelt worden. „Dieses Bürgergesellschaftliche Engagement hat uns zutiefst berührt und gezeigt, dass die Kölnerinnen

und Kölner keinen alleine lassen“, sagte Conin am Freitag. Auch für die darauffolgenden Jahre zeigte es sich zuversichtlich. Zur Rettung der Veranstaltung habe neben den Spenden auch die Neubemessung der Sicherheitsanforderungen beigetragen. Nach Gesprächen mit Stadtkorin Andrea Blome und der Feuerwehr könnten die Sanitäts- und Sicherheitsdienste reduziert werden.

Im November hatte Conin öffentlich auf die finanzielle prekäre Lage aufmerksam gemacht, durch Rücklagenstreichung durch die Ver-



Eine Gruppe bei dem Schull- und Veedelszöch 2024. Foto: Uwe Weiser

deelszöch 2025 zwar gesichert, für 2026 jedoch fürchtete er ein Finanzierungslöcher in Höhe einer niedrigen sechsstelligen Summe. Grund seien vor allem gestiegene Kosten für die Sicherheit. Conin ging auch auf die Fraktionen im Stadtrat zu, denn seit 1972 erhalten die Schull- und Veedelszöch einen unveränderten Zuschuss von 7700 Euro. Bei der nächsten Ratssitzung soll über eine zusätzliche Förderung für 2025 und 2026 von 50.000 Euro beziehungsweise 75.000 Euro abgestimmt werden. Köln

## KÖLN

### KÜNDIGUNG

#### 94-Jährige soll raus aus ihrer Wohnung

Seit 70 Jahren lebt Paula Hilsemer in ihrer Mülheimer Wohnung, nun soll sie sich eine neue suchen. An Heiligabend lag die Kündigung wegen Eigenbedarfs im Briefkasten. Die 94-Jährige war schockiert. Umziehen möchte sie auf keinen Fall. » Seite 27

## NACHRICHTEN

### TOP-VERDIENER IM RHEINLAND

#### Die Gehälter der Dax-Chefs

Trotz schwacher Konjunktur wird in den börsennotierten Konzernen der Region immer noch sehr gut verdient. Dabei durchleben die meisten Unternehmen gerade keine einfachen Zeiten. Einige, wie etwa der Leverkusener Bayer-Konzern, bauen massive Stellen ab. Ein Überblick über die Top 10 in den Chefetagen. » Wirtschaft Seite 9

## LESERFORUM

Seite 15

## RHEINLAND-WETTER

Morgens Mittags Abends

9° 12° 6°

min/max am Tag 6° / 12°

min in der Nacht 3°

## SO ERREICHEN SIE UNS

Abonnenten-Service:  
0221/92586420  
abo-kundenservice@tageszeitung.koeln  
Telefonische Anzeigenannahme:  
0221/92586410  
E-Mail:  
ksta-redaktion@kstamedien.de  
Kontakt:  
Amsterdamer Str. 192  
50735 Köln  
Telefon: 0221/224-0  
Fax: 0221/224-2524  
www.ksta.de  
instagram.com/ksta\_koeln

